

Ingrid M [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

12. Dez. 2015

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin
konsultation@netzentwicklungsplan.de

**Widerspruch
gegen die geplante Stromtrasse
zur Versorgung Bayerns nach Abschalten der Kernkraftwerke
auf Grund der Energiewende**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Errichtung der geplanten Stromtrassen von Thüringen in die Mitte und den Süden des **Freistaates Bayern** lege ich hiermit

Widerspruch

ein.

Begründung:

- Die Stromtrassen sind in der bisher geplanten Form m. E. nicht notwendig.
- Es bestehen bisher immer noch keine verlässlichen Bedarfsberechnungen für die Zeit nach Abschaltung der Atomreaktoren. Diese wären als Grundlage zur Errichtung eines so monumentalen, die Umwelt verändernden, teuren Bauwerks wie der Stromtrassen **alternativlos notwendig.**
- Das Ergebnis des Energiedialogs im Frühjahr 2015 in Bayern, geleitet von Frau Ministerin Ilse Aigner: **Die HÜG-Trasse ist für die Versorgungssicherheit Bayerns nicht notwendig!**
- Die Förderung von Solar- und Windenergie sowie Energiespeichertechnologie sollte erhöht werden, so dass diese dann in der Lage sind, einen Großteil des Energiebedarfs zu decken.
- Die Bevölkerung und die Umwelt sollten nicht zweckentfremdet für die Geldgier der Energiekonzerne missbraucht werden. Leitungen **zur Versorgung** der bayerischen Bevölkerung sollten deshalb auch **nur** diesem Zweck dienen und nicht der Gewinnmaximierung der Energiekonzerne.

- A) Die Stromtrassen würden in erster Linie dem Energiehandel der Konzerne mit Südeuropa dienen.
- B) Der deutsche Stromkunde müsste diesen Irrsinn mit seinen Stromverbrauchskosten finanzieren, die Stromkonzerne dagegen würden den Gewinn kassieren.
- c) Die Umwelt würde mit 70 Meter hohen Masten, die z. T. doppelt und dreifach so hoch sind wie das höchste Gebäude der anliegenden Ortschaften (Kirchturm), verschandelt werden. Wenn unser sehr verehrter Herr Ministerpräsident Seehofer die Windräder „Spargel“ nennt und die bayerische Umwelt nicht „verspargelt“ sehen möchte, haben auch solche Monstermasten keinen Platz in Bayern.
- D) Das entstehende Gesundheitsrisiko für Mensch und Tier ist bisher nicht geklärt. Sollte nicht die Gesundheit von Mensch und Tier oberste Priorität haben? In Deutschland gilt noch immer das sog. „Vorsorgeprinzip“.
- E) Beim Pariser Umweltgipfel wurde vereinbart, den Co2-Ausstoß zu reduzieren. Wie soll das möglich sein, wenn weiter Braunkohle verheizt wird zur Stromgewinnung für den Export von Thüringen nach Bayern und Südeuropa?
Ich bin gerne bereit, meinen Beitrag zur Co2-Einsparung zu leisten, aber auch andere, z. B. die Stromkonzerne, sollten, entsprechend ihrer Bedeutung, ihren Beitrag dazu leisten.

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Ingrid M [REDACTED]